

Der Kohäsionsbeitrag wird nicht aus Entwicklungshilfe finanziert

## Erfolg dank beharrlicher Überzeugungsarbeit

Angesichts der aktuellen Mehrheitsverhältnisse ist das Bundeshaus in Bern derzeit ein hartes politisches Pflaster für entwicklungspolitische Anliegen. Deshalb freut sich Alliance Sud darüber, dass das Parlament in der Sommersession 2007 definitiv entschied, den Kohäsionsbeitrag nicht aus der Entwicklungszusammenarbeit zu finanzieren. Hinter diesem Erfolg steckt eine mehrjährige Überzeugungsarbeit.

Kurz vor Abschluss der bilateralen Verträge II mit der EU im Mai 2004 beschloss der Bundesrat, eine Milliarde Franken für Aufbauprojekte in den 15 neuen EU-Mitgliedstaaten bereitzustellen. Die Mittel sollten das Aussen- und das Volkswirtschaftsdepartement bezahlen, konkret aus den Entwicklungshilfe-Budgets.



### Öffentlichkeit informieren

Alliance Sud versuchte zunächst, die Bundesverwaltung davon zu überzeugen, diesen Entscheid zu korrigieren. Als diese Bemühungen nichts fruchteten, ging sie an die Öffentlichkeit und veröffentlichte im Herbst 2005 den Appell "Soll Afrika den Schweizer Kohäsionsbeitrag bezahlen? Nein zur Kürzung der Entwicklungshilfe!" Über 300

Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens forderten darin das Parlament auf, nicht die Ärmsten dieser Welt den Preis für die Bilateralen II bezahlen zu lassen, von den primär die Wirtschaft (neue Märkte) und die Banken (Sicherung des Bankgeheimnisses profitieren).

Alliance Sud rechnete an einer Medienkonferenz detailliert vor, dass die Kohäsionsmilliarde problemlos und budgetneutral aus den Mehreinnahmen und Einsparungen bezahlt werden können, die sich aus den bilateralen Verträgen für die Schweiz ergeben. Es gab überhaupt keinen Grund, die Hilfe zu kürzen, die mit der Schweizer EU-Politik nichts zu tun haben. In der Öffentlichkeit kam diese Argumentation gut an.

### **Parlament überzeugen**

Dann begann Alliance Sud, eine parlamentarische Mehrheit für dieses Anliegen aufzubauen. Sie führte Gespräche mit Parlamentsmitgliedern aller Parteien, schrieb Briefe, Argumentarien und Medienmitteilungen. Der Aufwand lohnte sich: National- und Ständerat überwiesen 2006 eine Motion der damaligen Nationalrätin Doris Leuthard, die vom Bundesrat ein neues Finanzierungsmodell verlangte, ohne die Entwicklungszusammenarbeit zu tangieren.

Im Juni 2006 krebste der Bundesrat zurück. Er beschloss, 40 Prozent des Kohäsionsbeitrags aus dem allgemeinen Bundeshaushalt zu finanzieren, um die Hilfe für den Süden zu schonen. Hingegen seien bei der Osthilfe jährliche Kürzungen von rund 20 Millionen Franken nicht zu umgehen. Damit war aber die Motion Leuthard nicht vollständig umgesetzt. Die Parteien, die hinter dem Kohäsionsbeitrag standen und ihn durch die Abstimmung von 26. November 2006 bringen wollten, waren verärgert. Alliance Sud diskutierte mit ihnen verschiedene Vorschläge, wie das Parlament der Motion vollständig zum Durchbruch verhelfen könnte.

Vor der Abstimmung vereinbarten CVP, FDP, SP, GPS und EVP erstens, im Bundesbeschluss zum Kohäsionsbeitrag festzuschreiben, dass dieser nicht auf Kosten der öffentlichen Entwicklungshilfe finanziert wird, und zweitens, den vierjährigen Rahmenkredit für die Osthilfe um 80 Millionen Franken zu erhöhen, um die vom Bundesrat beschlossenen Kürzungen von jährlich 20 Millionen Franken rückgängig zu machen. Diese Abmachungen erlaubte es den Hilfswerken, für die Abstimmung die Ja-Parole zu empfehlen. Das Osthilfegesetz, die legale Grundlage für den Kohäsionsbeitrag, wurde an der Urne knapp angenommen.

### **Schlussspurt**

An der Frühjahrssession 2007 nahm die Mehrheit im Ständerat von der zweiten Vereinbarung Abstand und lehnte die Erhöhung des Rahmenkredits für die Osthilfe ab. Bis zum 14. Juni, als der Nationalrat das Geschäft behandelte, mussten Alliance Sud und Ratsmitglieder, welche die Motion Leuthard vollständig umsetzen wollten, noch einmal kräftig Überzeugungsarbeit leisten. Mit Erfolg: Der Nationalrat stimmte der Erhöhung des Ostkredits mit einem klaren Mehr von 109 zu 63 Stimmen zu, der Ständerat schloss sich am 18. Juni oppositionslos diesem Entscheid an.

## Neue Etappe: 0,7 Prozent

Das nächste Ziel ist eine Erhöhung der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE). Zu diesem Zweck hat Alliance Sud zusammen mit 60 Schweizer Organisationen Ende Mai die Kampagne "0,7% - gemeinsam gegen Armut" lanciert. Kernstück ist eine Petition, die im kommenden Frühsommer Parlament und Bundesrat überreicht wird. Auch für dieses Ziel wird Alliance Sud im Parlament viel Überzeugungsarbeit leisten müssen. Sie kann dafür auf die erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Parteien bauen.

Michèle Laubscher, Alliance Sud / Arbeitsgemeinschaft Swissaid,  
Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas, Heks



**Interview mit SP-Nationalrätin Vreni Müller Hemmi (SP) und Felix Gutzwiller, Fraktionschef FDP**

## **"Die Erhöhung der Entwicklungszusammenarbeit hat Priorität"**

Bei ihrer Arbeit zur Finanzierung des Kohäsionsbeitrags im Parlament wurde Alliance Sud von verschiedenen Ratsmitgliedern unterstützt, unter anderem von der sozialdemokratischen Nationalrätin Vreni Müller-Hemmi und vom freisinnigen Fraktionschef Felix Gutzwiller. Michèle Laubscher zog mit ihnen Bilanz und fragte sie nach den Chancen für eine Erhöhung der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 Prozent des BNE.

***Im Parlament haben Sie sich beide stark engagiert, damit der Kohäsionsbeitrag nicht auf Kosten der Entwicklungszusammenarbeit finanziert wird. Aus welchen Gründen?***

**Vreni Müller-Hemmi:** Erstens ist es für die Schweiz wichtig, die gute Zusammenarbeit mit Europa fort zu setzen. Die Kohäsionsmilliarde trägt dazu bei, den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt in der EU zu stärken. Die Osthilfe unterstützt die Westbalkan-Staaten auf ihrem EU-Integrationsweg und ist so auch ein Beitrag für ein friedliches Europa. Zweitens hat sich die Schweiz zu den Millenniums-Entwicklungszielen der Uno bekannt. Eine Kürzung der Entwicklungszusammenarbeit zugunsten des Kohäsionsbeitrags wäre in absolutem Widerspruch zu dieser Verpflichtung gestanden. Ein solcher Affront hätte die Glaubwürdigkeit der internationalen Politik der Schweiz untergraben.

**Felix Gutzwiller:** Für ein kleines Land wie die Schweiz ist es elementar, den Öffnungskurs zu halten und sich international zu vernetzen. Dafür brauchen wir Mehrheiten, und deshalb haben wir die Kräfte gebündelt, um eine Kürzung der Entwicklungszusammenarbeit zu verhindern. Diese muss ja längerfristig erhöht werden, das sagt auch der Bundesrat. Wir wollten dieses Commitment einhalten, und darum wird es auch in Zukunft gehen. Daher ist es wichtig, diese Parteienkoalition weiter zu führen.

***In den letzten Jahren mehren sich Zweifel und Kritiken an der Entwicklungszusammenarbeit, bis ins linke Lager hinein. Mit welchen Argumenten haben Sie Ihre RatskollegInnen überzeugt?***

**Felix Gutzwiller:** Das wichtigste Argument ist wohl, dass die Schweiz von der Globalisierung profitiert. Als Gewinnerin kann sie nicht nur nehmen, sie muss auch geben. Der Abbau von sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Unterschieden ist auch bei uns Dauerthema, wie der Neue Finanzausgleich (NFA) zeigt. Genau so, wie wir innerhalb unserer Grenzen auf den Abbau der Unterscheide angewiesen sind, liegt es auch in unserem Interesse, solche Unterschiede weltweit abzubauen. Mehr globale Stabilität nützt auch uns, und dazu trägt die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen bei.

**Vreni Müller-Hemmi:** Meine Erfahrung war, dass die Zusammenarbeit mit dem Süden nicht in Frage gestellt wurde, jene mit dem Osten hingegen schon. Dabei gibt es gute migrationspolitische Gründe für die Hilfe im Westbalkan, die den grossen Teil der Osthilfe ausmacht. Von dort kommen 400.000 Menschen, die bei uns niedergelassen sind. Es liegt also stark im schweizerischen Interesse, dass sich diese Region sozial und wirtschaftlich entwickelt, damit die Menschen zuhause Zukunftsaussichten haben. Eigeninteressen haben

wir auch in Zentralasien, wo die Osthilfe ebenfalls präsent ist: Es sind die Länder, die unsere Stimmrechtsgruppe in der Weltbank und im Internationalen Währungsfonds bilden, und da ist es richtig, sinnvolle Gegenleistungen zu erbringen. Eine wichtige Rolle hat in der Parteienallianz auch die Tatsache gespielt, dass der Kohäsionsbeitrag haushaltneutral finanziert werden kann: Dies ist der Fall, die Einnahmen aus den Bilateralen II sind viel höher.

***Beim Kohäsionsbeitrag ging es darum, die Entwicklungszusammenarbeit nicht zu kürzen. Der nächste Schritt ist die Erhöhung der Hilfe auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens – da wird die Überzeugungsarbeit schwieriger.***

**Felix Gutzwiller:** Grundsätzlich gelten dieselben Argumente wie bei der Osthilfe: Die Schweiz zählt zu den Gewinnern der Globalisierung und kann nicht nur nehmen. Und auch wir haben ein Interesse daran, dass Menschen in armen Ländern Zukunftsperspektiven entwickeln können.

**Vreni Müller-Hemmi:** Es geht im Grunde nicht darum, für die Erhöhung zu argumentieren, sondern darum, sie durchzusetzen: Es gibt dafür im Parlament bereits Vorstösse, unter anderem von der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates. Deshalb ist die 0,7-Kampagne mit ihrer Petition hilfreich. Die erfolgreiche Zusammenarbeit der Parteien und Hilfswerke bei der Finanzierung des Kohäsionsbeitrags ist eine gute Grundlage, um in dieser Richtung weiter zu machen. Unser Auftrag für die nächste Legislatur ist, den Bundesrat bei der Erhöhung zu unterstützen und, falls nötig, anzutreiben. Mit der Petition können wir auf den Rückhalt in der Bevölkerung verweisen.

**Felix Gutzwiller:** Was bei der Diskussion nun stärker in den Vordergrund rückt, ist die Frage nach der Effizienz und der Koordination der Hilfe: Wie investieren wir richtig, wie gut arbeiten die verschiedenen Bundesämter zusammen? Das ist in unserer Partei von Bedeutung. Zentral ist auch, dass die Entwicklungszusammenarbeit nachhaltig ist und auf Partizipation und Selbsthilfe fokussiert wird: Zusammenarbeit kann nicht darin bestehen, für die Begünstigten Programme zu machen, sie müssen die Sache selber an die Hand nehmen können.

**Vreni Müller-Hemmi:** Die Diskussion um Qualität, Effizienz und Koordination zwischen der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) und dem Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) läuft schon lange. Es ist deshalb positiv, dass der Bundesrat von beiden Ämtern verbindlich eine bessere Koordination fordert. Wichtig ist mir, dass die bilaterale Hilfe nicht zugunsten der multilateralen Hilfe zurückgefahren wird: Sie ist es, welche die Entwicklungszusammenarbeit in der Bevölkerung verankert.

***Felix Gutzwiller, in Ihrer Partei und in Wirtschaftskreisen wird oft argumentiert, die Entwicklungsländern bräuchten nicht mehr Hilfe, sondern mehr Handel.***

Felix Gutzwiller: Handel ist sicher wichtig. Zum Beispiel müssten die Barrieren für Agrarprodukte aus den Entwicklungsländern abgebaut werden; das gilt auch für die Schweiz. Ich denke auch, dass Hilfe allein nicht reicht. Es braucht beides – Hilfe auf der einen Seite, mehr Handel und Direktinvestitionen auf der anderen Seite.

***Vreni Müller Hemmi, wer für mehr Entwicklungshilfe plädiert, wird regelmässig mit der Frage konfrontiert, weshalb die Schweiz dafür mehr Geld ausgeben soll, wenn es immer mehr Menschen in unserem Land schlechter geht.***

**Vreni Müller-Hemmi:** Wir können unter dem Vorwand des Wettbewerbs nicht ständig Steuern senken und so die Grundaufgaben des Staates abbauen. Deshalb setzen wir uns für eine Finanz- und Steuerpolitik ein, mit der die Aufgaben im In- und Ausland finanziert werden können. Zudem sind die Haushaltsaussichten des Bundes für die Zukunft gut. Das heisst, wir können uns eine Erhöhung der Entwicklungszusammenarbeit erst recht leisten.

**Felix Gutzwiller:** Die Sache mit den Steuern und dem Wettbewerb sehe ich anders. Einverstanden bin ich hingegen mit den Haushaltsaussichten, die sehen effektiv gut aus. Das bedeutet nicht, dass wir jetzt alle Schleusen öffnen sollen. Aber eine Erhöhung der Entwicklungszusammenarbeit ist nötig und für die nächsten vier Jahre eine Priorität. Das ist, wie gesagt, auch die Meinung des Bundesrates.

Interview: Michel Laubscher, 22. Juni 2007